



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/234 - 8.10.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 76 54-59  
Fernschreiber 039 890

Grotewohls Amnestie	S. 1
Kräfteausgleich in Korea	S. 3
Die Bremer Wahlen	S. 5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

## Z w a n z i g t a u s e n d ?

Von Rudolf Dux  
ehem. SPD-Bezirkssekretär in Magdeburg

Drei Tage nach der Erklärung des Eislerschen Informationsamtes: Daß es in der sowjetischen Zone keine "politischen" Häftlinge, sondern nur Wirtschaftsverbrecher und Kriminelle gäbe, hat Grotewohl eine Amnestie angekündigt. Trifft Eislers Definition zu, so wird sie sich also nicht auf politische Gefangene auswirken, deren Befreiung nach westdeutscher Vorstellung eine der Vorbedingungen für eine gesamtdeutsche Verständigung ist.

Es sind gut fünfzehn Jahre her, daß der gleiche Otto Grotewohl ein Versprechen brach, das er den Vertretern der westdeutschen SPD gegeben hatte: Eher die ostzonale SPD aufzulösen, als sie mit der KP zu vereinigen. Er brach es mit der Entschuldigung: "Wer will die moralische Verantwortung übernehmen für die Opfer des politischen Terrors in der Ostzone, der ausbricht, wenn wir die Vereinigung ablehnen und der Eiserner Vorhang fällt? Wir müssen dabei sein!" Und der Verfasser hat ihm geantwortet: "Du wirst den Terror nicht verhindern, aber die politische und moralische Mitverantwortung für alles übernehmen, das dann mit Deinem Einverständnis und unter Deinem Namen geschieht".

Seitdem sind zehntausende der ehemaligen Parteigenossen des ostzonalen Ministerpräsidenten in die Gefängnisse, Zuchthäuser und KZ's der Ostzone geworfen, darin verhungert, an Seuchen

verkommen, und viele sind in die Sowjetunion nach Sibirien verschleppt. Hunderttausende, die sich, seiner höheren Einsicht vertrauend, in die SED pressen ließen, um ihm in der neuen Partei einen Halt zu geben, fühlen sich verraten und Millionen tragen gegen ihn ohnmächtigen, stummen Haß. Denn heute wissen sie alle: Nicht Verantwortungsbewußtsein gegenüber drohenden Leiden eines Volkes oder auch nur seiner politischen Freunde trieb diesen Mann der KP in die Arme, sondern die Schmeicheleien der Besatzungsmacht, triviale persönliche Eitelkeit und profaner Eigennutz. Heute darf der Informationschef des gleichen einstmals so besorgten Otto Grotewohls seine ehemaligen politischen Freunde zu kriminellen Verbrechern stempeln.

Wenn nun Wilhelm Pieck davor warnt, diese "großzügige Geste der ostzonalen Regierung", die Amnestieankündigung Otto Grotewohls, zu mißdeuten und so beide gemeinsam versuchen, die propagandistischen Voraussetzungen und eine gute Position für kommende Verhandlungen zu schaffen, dann sei beiden mit aller Deutlichkeit gesagt: Daß weder die Amnestie noch ein gesamtdeutsches Gespräch ihr Werk ist oder von ihnen beeinflußt werden kann. Sie sind nur Puppen der Drahtzieher einer größeren politischen Konzeption, sie haben den Namen und die Fassade zu liefern. Wir aber haben das Wort an eine andere Adresse zu richten.

Die da hinter den Kerkermauern auf ihre Freiheit warten, und das sind alle, ohne Unterschied der Partei, die sich zu Freiheit und westlichen Lebensformen bekennen, sind ein Teil von uns. Um ihretwillen wurde an den Osten appelliert. - Ihr mögt sie Kriminelle oder Wirtschaftsverbrecher nennen, jede Stunde ihrer Haft und jeder Schmerz, den man ihnen zufügt, trifft uns. Wir intervenierten nicht um Verkehrssünder, Spitzbuben oder Mörder, sondern um jene Aufrechten, denen wahre politische Freiheit die Luft zum Atmen bedeutet. Wollt Ihr mit uns reden, dann beweist Euren Willen zur Redlichkeit, öffnet für sie die Gefängnisse, Zuchthäuser und KZ's und repatriiert die Gefangenen aus Sibirien. Aber dieser Art Heimkehrer müßten mehr als zwanzigtausend, das müßten sie alle sein.

Und Stalin liefert die Waffen ...

A-ler: Nimmt der koreanische Krieg kein Ende? Steht der leidgeprüften Bevölkerung ein neuer Kriegswinter mit all' seinen Schrecken bevor? Noch immer liegen die Absichten der chinesischen Kommunisten für die Welt im Dunkeln; dreimonatige, zeitweilig unterbrochene Fühlungnahme mit ihren Unterhändlern in Kaesong verwirrten eher die Lage, statt sie zu klären. Die Sowjetunion, die das Startsignal zum Angriffskrieg auf Südkorea gab, leitete seinerzeit mit Maliks Rede die ersten Gespräche über die Herbeiführung eines Waffenstillstandes ein. Aber sie selbst hielt und hält sich im Hintergrund. Man weiß nicht einmal, wer bei der Partnerschaft Moskau - Peking der schiebende, und wer der geschobene Teil ist. Moskau lockte zwar mit der Friedenstaube, aber in der Zwischenzeit lieferte es Mao die Waffen.

Jene Skeptiker scheinen recht zu behalten, die in Maliks "Friedensangebot" nur eine geschickt gestellte Falle sehen, dazu bestimmt, die Führung der UNO - Truppen in Sorglosigkeit einzulullen. Die schwer angeschlagenen chinesisch - nordkoreanischen Armeen bekamen Zeit, ihre gelichteten Bestände aufzufrischen; amerikanische Schätzungen sprechen von etwa 700000 Mann. Bei den schweren und auch für die UNO - Truppen äußerst verlustreichen Kämpfen der letzten Wochen tauchten im Kampfgebiet erstmalig in größeren Massen die sowjetischen Panzer T 34 und Raketengeschütze, ebenfalls sowjetrussischer Bauart, auf. Bisher besaßen die UNO - Verbände absolute Luftüberlegenheit. Sie ist nun in Frage gestellt.

In Nordkorea und in der den UNO - Luftangriffen nicht ausgesetzten Mandchurei liegen 1000 bis 1200 chinesische Jagdflugzeuge, davon etwa 500 Düsenjäger. Der stets wohlunterrichtete Militärkorrespondent der "New York Times", Hansson W. Baldwin, stellt die erstaunliche Tatsache fest, daß diese Düsenjäger allermodernster Konstruktion den in Korea operierenden amerikanischen Kampfflugzeugen an Schnelligkeit, Steigfähigkeit und Artilleriebestückung überlegen sind. Mit ihren 23- und 37-Millimeter-

Bardkanonen wurden sie zum gefürchtetsten Gegner der amerikanischen Bomber B 29, die man nicht mehr ohne Jägerschutz operieren können. Mehr USA - Bomber wurden abgeschossen, als die dürftigen Kommunikés zugeben. Wichen früher die chinesischen Piloten Luftkämpfen aus, so suchen sie jetzt den Kampf; sie zeigen, wie Baldwin bemerkt, ein technisches Können und eine Geschicklichkeit, die von langjähriger und gründlicher Ausbildung zeugt.

Mitten in die Offensiv - Vorbereitungen der Chinesen und Nordkoreaner stießen die Angriffsaktionen der UNO - Truppen hinein. General Ridgway war und ist sich der Gefahr bewusst, die ihm droht. Bei der Massierung des Feindes, der Größe seiner Vorbereitungen und angesichts einer Luftwaffe, die den UNO - Truppen die Luftherrschaft streitig macht, müssen taktische Überraschungen ausgeschlossen bleiben. Der Krieg bekommt sozusagen ein normales Gesicht. Eine Landung, wie die bei Inchon, kann sich kaum wiederholen. Für weitausgreifende Operationen und Zangenbewegungen fehlt beiden Seiten die dazu nötige Überlegenheit - außer, China wäre gewillt, seine gesamte militärische Macht in die Waagschale zu werfen. Damit würden aber auch die Beschränkungen fallen, die sich Ridgway noch auferlegen muß; nichts deutet zudem darauf hin, daß Moskau und Peking bereit wären, das Risiko eines Asien - Krieges in Kauf zu nehmen.

Als "kindisch", unannehmbar und provokatorisch hatte Peking noch vor einer Woche die Forderung des UNO - Oberkommandierenden nach Verlegung der Waffenstillstands - Verhandlungen in einen weniger exponierten und sichereren Ort als Kaesong, das von den Kommunisten kontrolliert wird, verworfen. Daß China nun doch mit einem Ortswechsel einverstanden ist - die künftigen Begegnungen der Unterhändler sollen südlich von Kaesong, im Niemandsland, erfolgen - mag zwar vielleicht wieder ein Trick sein, aber immerhin läßt es darauf schließen, daß die kommunistischen Führer es nicht wagen, die wenn auch dünnen Fäden zwischen Hüben und Drüben völlig abreißen zu lassen. Ein völliger ~~Sturm~~ Stürmenbruch würde neben unberechenbaren militärischen Folgen die sichere Wirkung haben, die Rüstungsanstrengungen des Westens noch mehr zu forcieren, als es ohnehin schon geschieht. Das wäre ein Ergebnis, das Moskau allen Grund hat, zu fürchten.

SPD weiter im Wachsen

(sp) Mit absoluter Mehrheit gegenüber jeder anderen Partei ist die SPD auch bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft erfolgreich gewesen. Die sehr starke Wahlbeteiligung unterstreicht diesen Erfolg der SPD, die traditionsgemäß aus schwachem Wählerinteresse den relativ größten Nutzen zu ziehen pflegt.

Wie die anderen Wahlen der letzten Zeit interessiert auch diese vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung des Stimmenverhältnisses zwischen den Parteien der Bonner Regierung und der SPD. Hier wird die klar aufwärts führende Linie der SPD und die rückläufige Tendenz bei den Regierungsparteien fortgesetzt. Am 14. August 1949, bei der Bundestagswahl, betragen die Anteile der Bonner Regierungsparteien: CDU 16,9 %, FDP 12,9 %, DP 17,9 % = 47,7 %. Am 7. Oktober wurden für die gleichen Parteien in der gleichen Reihenfolge abgegeben: 9,1 %, 11,8 %, 14,7 %, das sind zusammen 35,6 %.

Die SPD erhielt seinerzeit 34,4 %, diesmal entfielen auf sie 39,1 %. Mit anderen Worten und in absoluten Ziffern ausgedrückt: Einem Verlust der Bonner Regierungsparteien von rund 27000 Stimmen steht ein sozialdemokratischer Gewinn von rund 25.500 Stimmen gegenüber.

Geradezu vernichtend ist auch in diesem Falle wieder das Ergebnis für die CDU, deren Niederlage in ihrem ganzen Umfange aber erst durch einen Vergleich mit den vorletzten Bürgerschaftswahlen im Oktober 1947 sichtbar wird, wo sie noch 22 % der Stimmen erhielt. - Die DP ging von 17,9 % bei den Bundestagswahlen auf 14,7 % zurück, während sie zwischen der ersten Bürgerschaftswahl und der Bundestagswahl um nicht weniger als 13 % Stimmen gewann. Deshalb vermittelt das starke Ansteigen ihrer Sitze auch ein absolut falsches Bild von der tatsächlichen Entwicklung in dieser Partei während der letzten zwei Jahre. Die FDP, die sich bekanntlich besondere Hoffnungen darauf macht, daß sie bei künftigen Wahlen als einzige der Regierungsparteien gut abschneiden werde, hat in Bremen 1 % verloren.

SRP und BHE ziehen neu in die Bürgerschaft ein. Wenn die SRP mit ihrem Stimmenanteil auch gegenüber ihren Erfolgen in Niedersachsen ganz entscheidend zurückgeblieben ist, so muß es doch gerade für die CDU, die stärkste Koalitionspartei im Bund, mehr als peinlich sein, daß diese rechts-extremistische Partei sich ihr in Bremen bis auf 1,4 % genähert hat.

Der Erfolg der SPD wurde errungen, obwohl die Partei auch in Bremen wieder gegen alle übrigen Parteien zu kämpfen hatte - auch gegen ihren Bremer Koalitionspartner, die FDP. Immerhin wird diese Tatsache die FDP kaum abhalten, nun wieder die Zusammenarbeit mit der SPD in einer gemeinsamen Regierung zu suchen. Die Mehrheit aus beiden Parteien wäre, mit nur fünf Stimmen, erheblich knapper als in der letzten Bürgerschaft, sie würde aber gerade noch ausreichen.

Auch das Ergebnis in Bremen, das heißt in den voraussichtlich letzten Landeswahlen vor den neuen Bundestagswahlen, beweist den anhaltenden Zerfall der Bonner Regierungsparteien, der sich überall im Bundesgebiet, wenn auch verschieden stark, zeigt. Daraus kann es nur die Konsequenz geben, sobald wie möglich Neuwahlen auf der Bundesebene anzuberaumen, wenn die Regierung in Bonn nicht in den Verdacht kommen will, unter Verzicht auf eine echte demokratische Vollmacht ihre verfehlte Politik fortzusetzen.

+ + +

#### Jungsozialisten-Konferenz in Mühlheim

(sp) Der Zentralausschuß der deutschen Jungsozialisten tagte in der Zeit vom 5.-7. Oktober 1951 gemeinsam mit den Bezirksvorsitzenden der Jungsozialisten aus der Bundesrepublik und Berlin im Haus "Freundschaft" in Mühlheim. Die Konferenz befaßte sich mit organisatorischen Problemen der Jungsozialistenarbeit und nahm gleichzeitig eingehend Stellung zu den zentralen Problemen der deutschen und europäischen Politik. Der Zentralsekretär der deutschen Jungsozialisten, Werner Buchstaller, Bonn, kritisierte in seinem Referat über die Aufgaben der jungen Generation sehr scharf den schwachen Widerstand der Regierungsparteien gegenüber den neofaschistischen Kräften. Die Jungsozialisten brachten ihren klaren und unnachgiebigen Willen zum Ausdruck, mit allen verfügbaren Mitteln die Bedrohung der Demokratie durch rechts- und linksradikale Kräfte abzuwehren. Von der deutschen Justiz forderten die Jungsozialisten, daß sie als Hauptaufgabe die Verteidigung der Demokratie und ihrer Einrichtungen erkennen müsse.

Höhepunkt der Konferenz wurde das Referat des 1. Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Kurt Schumacher, der am Sonntag über die Aufgaben des demokratischen Sozialismus in der Gegenwart sprach. Die Konferenz forderte die deutsche Jugend auf, mit den deutschen Jungsozialisten für die deutsche Gleichberechtigung und damit für ein neues Europa zu kämpfen.

+ + +

Nachrichten aus der SowjetzoneWie sich die Bilder gleichen

Wir alle erinnern uns noch der Aufforderung der verflissenen Arbeitsfront: Wer zu den anbefohlenen Demonstrationen oder zum Betriebsappell nicht erscheint, wird entlassen. Die Bolschewaschisten als gelehrige Schüler haben die Methoden der DAF übernommen. So kommen dann die "spontanen" Demonstrationen der ostdeutschen Bevölkerung zustande:

"U m l a u f

bei allen Angestellten des Amtes für Arbeit

Heute nachmittag, 16.00 Uhr, nehmen alle Angestellten des Amtes an einer Protestdemonstration gegen die Niederknüttelung der Jugendlichen durch die Stumpolizei, Berlin, teil.

Nichtteilnahme an der Demonstration zieht fristlose Entlassung nach sich.

Treffpunkt: 16.00 Uhr Amt für Arbeit. Bitterfeld, den...."

x

Das Ostbüro der SED meldet:

Die Oberpostdirektion Potsdam hat angeordnet, alle Sendungen mit der Absenderangabe "Rotes Kreuz Suchdienst, Berlin-Dahlem, Im Dol 2" nicht auszuliefern. Bei den Sendungen handelt es sich meist um Anfragen des Suchdienstes über den Verbleib von Vermissten, die von ihren Angehörigen gesucht werden.

x

Als erste der Maßnahmen nach Übernahme der Sozialversicherungsanstalt durch den kommunistischen FDGB mußten sich in Magdeburg die Rentner unter 60 Jahren einer außerordentlichen Nachuntersuchung unterziehen. Eine große Zahl der Untersuchten - es handelt sich dabei ausschließlich um Invalide, da Bezüge aus der SVK erst nach erreichtem 65. Lebensjahr gezahlt werden - wurde wieder arbeitsfähig geschrieben. Die Untersuchung war sehr oberflächlich.

x

Der bisherige Leiter des Stahlwerks Hennigsdorf, Herold (SED), und der bisherige Leiter des Stahlwerks Calbe, Schmidt, wurden von ihren Posten entfernt. Sie wurden zu "Bewährungsarbeiten" nach Mückenberg in Sachsen-Anhalt gebracht.

x

In Leipzig werden bereits wieder laufend Stromabschaltungen zwischen 9-16 Uhr und 20-22 Uhr vorgenommen. Durch die Abschaltungen werden auch Produktionsbetriebe betroffen. Infolge Ausfalls einiger Elektropumpen ist mehrfach Wassermangel eingetreten.

x

---

Verantwortlich: Peter Raunau